



Dr. Krystyna Ewa Siellawa-Kolbowska

Politische Bildung in Deutschland und Polen

Resümee eines Forschungsberichts: Krystyna Ewa Siellawa-Kolbowska (Red.), Agnieszka Łada, Jarosław Ćwiek-Karpowicz, Politische Bildung in Deutschland und Polen, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2008

Der in vorliegender Untersuchung angestellte Vergleich zwischen polnischen und deutschen Lösungsansätzen im Bereich der politischen Bildung¹ erwies sich als wichtiges, wenn auch schwieriges Unterfangen. Die inzwischen abgeschlossenen Forschungen und ihre Ergebnisse sind als Pilotprojekt anzusehen, das die Möglichkeiten einer breit angelegten Zusammenarbeit in Wissenschaft und Praxis auf dem Gebiet des aktiven staatsbürgerlichen Engagements in beiden Ländern auslotet. Zu diesem Zweck wurden um die Jahreswende 2007/2008 einige Dutzend Interviews mit kompetenten Gesprächspartnern in Polen und Deutschland durchgeführt (Vertreter staatlicher Institutionen der zentralen Ebene sowie Repräsentanten des NGO- und Hochschulbereichs).

Dabei gingen wir grundsätzlich davon aus, dass die in beiden Ländern miteinander verglichenen Institutionen und Lösungswege sich auf derselben Marschroute in Richtung Einheit Europas befinden. Die Menschen beiderseits von Oder und Neiße müssen erst lernen, was es heißt, Staatsbürger zu sein, da die Demokratie sowohl Polen als auch Deutschen nicht in die Wiege gelegt worden ist. Die staatsbürgerliche Praxis hat sicherlich in beiden Gesellschaften schon bessere und schlechtere Zeiten erlebt, denn beide Länder machten bereits leidvolle Erfahrungen mit der Zerstörung von Demokratie und staatsbürgerlichen Einstellungen. Außerdem kam es in beiden Ländern in ganz ähnlicher Weise zu einer „neuen Öffnung“ – in Polen durch die ersten (teilweise) freien Parlamentswahlen im Jahre 1989 und in Deutschland durch den Fall der Berliner Mauer und die Wiedervereinigung im Jahre 1990. Unter vergleichsweise stabilen Rahmenbedingungen setzen sich beide Gesellschaften derzeit für die Verwirklichung eines gemeinsamen Projekts ein – die Europäische Union. Daher erscheint es höchst lohnenswert, Polen und Deutsche in Hinblick auf ihre gesellschaftlich-institutionellen Erfahrungen im Bereich der politischen

¹ Der Terminus "politische Bildung" erscheint in seiner übergreifenden Bedeutung für die Herausbildung sozialer und staatsbürgerlicher Kompetenzen für beide Länder adäquat. Im Unterschied zu Deutschland gibt es im polnischen Sprachraum zahlreiche Begriffe, die diese Art der Bildung definieren, wie z.B. Demokratiebildung, Menschenrechtsbildung, Sozialkunde oder staatsbürgerliche Bildung. Experten aus beiden Ländern stimmten überein, dass die vorab genannten Begriffe in ihrer jeweiligen Landessprache dem englischen Ausdruck "civic education" entsprechen.



Bildung zu vergleichen.

Der gemeinsame politische und soziale Entwicklungspfad Deutschlands und Polens resultiert nicht nur aus dem schwierigen Erbe der jüngeren Geschichte, sondern auch aus den heute anstehenden gemeinsamen Aufgaben, die mit der Mitgliedschaft in der EU verbunden sind. Denn die Europäische Union vertritt die Vision einer auf Wissen gestützten Gesellschaft und Wirtschaft.² Die Kooperation der EU-Mitgliedsstaaten im Bereich der Lissabonner Strategie mündete in gemeinsamen Zielen zur Verbesserung des Bildungswesens und der Weiterbildungssysteme sowie in einem Monitoring-Programm zur Erreichung dieser Ziele, das im Arbeitsprogramm *Education & Training 2010* festgehalten ist.³ 2002 beschloss der Europäische Rat eine Resolution zum „Lebenslangen Lernen“ (sog. *Resolution on Lifelong Learning*⁴) und gab dabei Empfehlungen zu „neuen grundlegenden Fertigkeiten“ (sog. *basic skills*) – darunter auch sozialen und staatsbürgerlichen Kompetenzen - ab.⁵

In beiden Ländern sieht man die Ziele der politischen Bildung recht ähnlich. Denn sowohl polnische als auch deutsche Gesprächspartner betonten einhellig, dass nicht nur der reine Wissenserwerb wichtig sei, sondern auch das dahinter stehende Gestaltungsziel, also die Herausbildung bestimmter Haltungen und Fähigkeiten. Unsere Interviewpartner in Deutschland und Polen waren mehrheitlich der Ansicht, dass politische Bildung darin bestehe, sich Wissen und Kompetenzen in den Bereichen Politik, Gesellschaft und Schutz von demokratischen Werten und Menschenrechten anzueignen bzw. zu erlernen. In Polen wurde dabei öfter auf eine auf Werte ausgerichtete Bildung hingewiesen, wie z.B. Freiheit, Demokratie oder Menschenrechte. Außerdem sind die Meinungen in Polen zu diesem Thema weitaus unterschiedlicher als in Deutschland, wobei die Ziele der politischen Bildung auch stärker aus dem Blickwinkel der jeweils vertretenen Organisation betrachtet werden. Darüber hinaus befürchtete man in Polen öfters als in Deutschland, dass dieser Bildungstypus – die politische Bildung – möglicherweise indoktriniert werden könne. Dagegen betonte man in Deutschland eher die Bedeutung, die politischer Geschicklichkeit und der Artikulierung von Einzel- und Gruppeninteressen sowie der Fähigkeit zukommt, politische Diskurse zu lenken bzw. am politischen Prozess teilzuhaben.

In beiden Ländern teilt sich der gesamte Bereich der politischen Bildung zwischen Schulen und außerschulischen Einrichtungen auf. Dies ist eine Folge des seit Jahren funktionierenden, traditionellen Bildungssystems, das den Lernprozess formalisiert und auf

² Presidency conclusion, Lisbon, paragraph 2.

³ Joint Interim Report of the Council and the Commission: “Education & Training 2010: the success of the Lisbon strategy hinges on urgent reforms (2004)

⁴ Council Resolution on lifelong learning of 27 June 2002, Official Journal C163/01 of 9.7.2002

⁵ Proposal for a Recommendation of the European Parliament and of the Council on key competences for lifelong learning; COM(2005) 548 final of 10.11.2005



schulische Institutionen reduziert. Die Untersuchung hat jedoch gezeigt, dass die diesbezügliche Situation in Deutschland und Polen deutliche Unterschiede aufweist. Denn in Polen dominiert die in den Schulen angesiedelte politische Bildung, während der Bereich der außerschulischen politischen Bildung im Vergleich zu Deutschland weitaus kleiner ist. Das polnische Bildungssystem ist auch weiterhin darauf ausgerichtet, alle schulpflichtigen Altersgruppen auszubilden. Die deutschen Erfahrungen und „guten Praktiken“ bei der politischen Bildung sind für die in der politischen Bildung in Polen engagierten Kreise daher gerade im außerschulischen bzw. nicht formalisierten Bereich äußerst wertvoll. Denn in Polen gibt es nicht nur innerhalb der staatlichen Gesetzgebung bei der Festlegung der Voraussetzungen und Möglichkeiten von politischer Bildung permanente Schwankungen, sondern es fehlt auch ein breiter gesellschaftlicher Konsens auf diesem Gebiet. In Deutschland hingegen existieren diesbezüglich effektive Dauereinrichtungen, deren Garant nicht eine konkrete Rechtsbestimmung, sondern die Verständigung bzw. der Kooperationswille der daran interessierten beteiligten Personen sowie die finanzielle Förderung aus Steuermitteln ist. Ein herausragendes Beispiel bildet dabei der Beutelsbacher Konsens von 1976, der bis heute funktioniert. Die Weitergabe von Know how im Rahmen derartiger normativer Lösungsmodelle wäre für Polen besonders wichtig und wünschenswert.

In Polen trifft das Ministerium für Nationale Bildung landesweit alle maßgeblichen Entscheidungen zu Bildungspolitik und Lehrplänen, was von einer starken Zentralisierung des gesamten Bildungswesens zeugt. Anders verhält sich die Lage in Deutschland, wo die Landeszentralen für Politische Bildung und die Bildungsministerien der Bundesländer unabhängige Subjekte bilden, deren Handlungsbefugnisse sich auf das jeweilige Bundesland beschränken. In Polen gibt es derartige Selbstverwaltungen bzw. Lehrerfortbildungszentren erst seit kurzem. Der derzeitige polnische Bildungsminister weiß die Bedeutung der politischen Bildung in seinem Lande sehr wohl zu schätzen und versucht, das diesbezügliche Verhältnis zwischen öffentlichen Einrichtungen und lokalen Selbstverwaltungen neu zu ordnen.

Erhebliche Unterschiede treten ferner in bezug auf die Tätigkeitsfelder des Sektors der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) beider Länder auf. In Polen sind die NGOs organisatorisch eher schwach entwickelt. Allenfalls größere und leistungsstärkere Einheiten können durch ihre Aktivitäten breitere gesellschaftliche Gruppen erfassen. Der Mangel an Dachorganisationen bewirkt jedoch, dass die Ausweitung auf andere soziale Zielgruppen nicht leicht ist, wobei auch die gegenseitige Kommunikation und praktische Umsetzung des Kooperationswillens erschwert werden. Andererseits engagieren sich regional verankerte Institutionen wie die Kirche (in den Diözesen), Gewerkschaften (in ihren regionalen



Strukturen) oder politische Parteien (Parteioorganisationen vor Ort)⁶ im Bereich der staatsbürgerlichen Bildung bislang nur höchst unzureichend. Die Aufnahme der Freiwilligen Feuerwehren Polens in die Programme des Deutsch-Polnischen Jugendwerks stellt einen großen Erfolg und ein gutes praktisches Beispiel dar.

In Deutschland ist es allgemein üblich, sich in übergreifenden Netzwerken zu organisieren. Die durch diese Netzwerke laufenden Initiativen dienen nicht nur der Realisierung immer neuer Bildungsaufgaben, sondern auch der ständigen Verbesserung eigener Bildungsangebote bzw. der eigenen Organisation und des Kontakts zu den Adressaten.

Nicht für alle praktischen Formen der politischen Bildung in Deutschland existieren vergleichbare polnische Institutionen. Dies trifft z.B. für den Bereich der politischen Stiftungen und der Hochschulen zu, da es in Polen eigentlich keine Lehrstühle gibt, die sich mit politischer Bildung als eigenständigem Forschungsgebiet mit akademischer Didaktik befassen.

Die sich aus der Untersuchung ergebenden Unterschiede zwischen beiden Ländern betreffen die Qualität des Dialogs und der Zusammenarbeit unter den öffentlichen Institutionen und der NGOs. In Polen klagten die Vertreter der lokalen NGOs über mangelnde Kooperation und eine unzulängliche soziale Kommunikation, und zwar insbesondere mit öffentlichen Einrichtungen. Zu gemeinsamen Unternehmungen im Bereich der politischen Bildung kommt es nur vereinzelt bei bestimmten Anlässen. Zu den positiven Beispielen gehören sicherlich die vom polnischen Bildungsministerium organisierten Begegnungstreffen für Experten der politischen Bildung, die sich 2005 am „Europäischen Jahr der Politischen Bildung“ beteiligten. Positiv hervorzuheben sind auch die von der derzeitigen Ministerialleitung durchgeführten systematischen Konsultationen mit den NGOs, die vom Willen getragen sind, eine stabilere Form der Zusammenarbeit zu finden. Dies weist darauf hin, dass der Rang der politischen Bildung in Polen inzwischen merklich gestiegen ist und auch ihre Institutionalisierung spürbar voranschreitet. Das lässt darauf hoffen, dass der Kreis der Adressaten der Bildungsangebote in Polen unaufhaltsam wächst. Nichtsdestotrotz wiesen sämtliche Interviewpartner in Polen darauf hin, dass die schulpflichtige Jugend dabei die wichtigste Zielgruppe darstelle. In Deutschland hingegen bleibt die politische Bildung auf die gesamte Gesellschaft ausgerichtet. Die deutschen Interviewpartner gaben daher auch verschiedene Alters- und Berufsgruppen als wichtigste Zielgruppen der politischen Bildung an.

In der politischen Bildung spielen nach Ansicht polnischer und deutscher Interviewpartner diejenigen Personen eine wesentliche Rolle, die anderen Menschen Wissen

⁶ Die politischen Stiftungen in Deutschland besitzen im Vergleich zu Polen einen anderen Status.



und Fähigkeiten vermitteln können. Bezeichnenderweise sieht man die dabei nötigen Kriterien in beiden Ländern anders. Von polnischer Seite wurden dabei zumeist Personen genannt, die sich dieser Aufgabe „von Amtswegen“ stellen: Lehrer, Betreuer, Pädagogen, Berater in methodischen Fragen, Mitarbeiter kultureller Einrichtungen, aber auch Politiker und Journalisten. In Deutschland hingegen wiesen die Befragten öfter auf „inoffizielle“ Führungskräfte der lokalen Ebene hin, wobei Autoritätspersonen aus defizitären sozialen Milieus eine besondere Bedeutung beigemessen wurde. Hinsichtlich der Jugend betonte man die herausragende Rolle der Gleichaltrigen und des „kooperativen Lernens“ (*Peer Teaching*).

In Polen betrachtet man politische Bildung dagegen eher auf inklusive, „sektorale“ Weise. Auf die Frage, wer das Angebot der politischen Bildung nutzen sollte, zählten die polnischen Interviewpartner folgende Berufsgruppen auf: Politiker, Angehörige der lokalen Selbstverwaltung, Staatsbeamte, Journalisten und Unternehmer. Die Notwendigkeit dieses Bildungstyps begründete man mit den bei der Ausübung öffentlicher Funktionen erforderlichen Kompetenzen bzw. der politischen Verantwortung, die dabei zu tragen sei. Auch in Deutschland unterstrich man zunächst die Bedeutung der politischen Bildung für Eliten und meinungsbildende Milieus, insbesondere für Politiker, Medienvertreter und Repräsentanten öffentlicher Einrichtungen und Organisationen. Darüber hinaus wurde aber auch auf darauf hingewiesen, dass die politische Bildung gerade auch für den einfachen Bürger sowie für sozial „ausgeschlossene“ und an den Rand gedrängte Menschen, z.B. Arbeitslose, Einwanderer oder Obdachlose, ein besonderes Gewicht habe. Dabei zeigt sich eine andere Betrachtungsweise hinsichtlich der Funktionen politischer Bildung in Deutschland. Diese soll eben nicht nur elitäres Wissen für wenige Auserwählte sein, sondern auch eine Art Prävention gegenüber einer unerwünschten Systemopposition bilden, die sich gegen den demokratischen Staat und seine Institutionen bzw. gegen die Gesellschaft richtet.

Im Vergleich zu Deutschland ist in Polen die Vorbereitung der zukünftigen Lehrkräfte auf die Vermittlung politischer Bildung wenig effektiv. Das in Polen derzeit bestehende System des Lehramtspraktikums lässt zahlreiche Wünsche offen. Denn die an den Schulen abgelegten Praktika sind nur von kurzer Dauer (einige Monate), werden grundsätzlich nicht vergütet und statt dessen eher wie das „fünfte Rad am Wagen“ behandelt, und zwar sowohl seitens der Hochschulen und Schuldirektoren als auch seitens der Lehramtsstudenten (Praktikanten). In der heutigen Praxis erhält der angehende Lehrer keine Chance, das spezifische Umfeld einer Schule mit ihrer eigentümlichen Kultur und Atmosphäre sowie den Problemen der dortigen Schüler kennen zu lernen. Stattdessen wird lediglich das im Studium erworbene didaktische Wissen über das zukünftige Unterrichtsfach „überprüft“. Außerdem fehlt es an fachlichen Mindeststandards für Berufspraktika. Die stattdessen angewandten formalen Prüfkriterien lösen das Problem nicht. In Deutschland hingegen gibt es einerseits



Lehramtspraktika während des Studiums und ein zweijähriges Referendariat nach dem ersten Studienabschluss, das mit dem zweiten Staatsexamen abgeschlossen wird. Den jungen Lehramtsanwärtern räumt man dabei ein hohes Maß an Selbständigkeit und Verantwortung ein, wobei auch die finanzielle Vergütung nicht fehlt. Diese Bedingungen bieten geeignete Motivationsanreize und bereiten auf den schwierigen Lehrerberuf mit anspruchsvollen Unterrichtsfächern vor.

Die Finanzierung der Maßnahmen im Bereich der politischen Bildung gestaltet sich in beiden Ländern recht unterschiedlich. In Deutschland existieren eigenständige öffentliche Institutionen wie die Landeszentralen für Politische Bildung, deren Budgets ausschließlich für die politische Bildung bestimmt sind. Aber auch aus dem Bundeshaushalt wird die politische Bildungsarbeit in erheblicher Weise gefördert. Die Bundeszentrale und die Landeszentralen für Politische Bildung und die politischen Stiftungen finanzieren die Tätigkeit zahlreicher, oftmals recht kleiner lokaler Vereine und Initiativen im Bereich der politischen Bildung. In Polen gibt es derartige Lösungsansätze zur finanziellen Unterstützung der politischen Bildung seitens des Staatshaushalts zur Zeit nicht. Die politische Bildung kann allenfalls auf öffentliche Mittel des Bildungsministeriums zurückgreifen, aber nur im Rahmen der schulischen Bildung. Aus dem Staatshaushalt können polnische NGOs derzeit lediglich Zuschüsse für konkrete Projekte im Rahmen von themenbezogenen öffentlichen Ausschreibungen erhalten, die einzelne Ministerien organisieren. Der unlängst erfolgte Regierungswechsel in Polen schuf neue politische Voraussetzungen für die Novellierung und Überarbeitung der bisherigen rechtlichen Regelungen in diesem Bereich. Es würde zu weit führen, die derzeit geltenden Grundsätze näher zu erörtern, da die in Vorbereitung befindlichen Neufassungen mit den jeweiligen Sozialpartnern erst noch konsultiert werden müssen. Es bleibt festzuhalten, dass die zumeist nach öffentlichen Ausschreibungen erfolgende Bewerbung um staatliche Zuschüsse für präzise definierte Projektthemen immer noch charakteristisch für beide Länder ist. Dieser Weg wurde sowohl von deutschen als auch polnischen Interviewpartnern gleichermaßen stark kritisiert, da er eine Reihe von Maßnahmen erschwert, die auf ein konkretes Zielgruppenprofil sowie die Erfahrungen und Kompetenzen der jeweiligen Adressaten abgestimmt sind. Als ungünstig wird ferner die Notwendigkeit angesehen, einzelne Projekte stets gesondert beantragen und abrechnen zu müssen, wobei bereits geringfügige Änderungen des Projektplans zu Schwierigkeiten führen. Eine Lösung würde darin bestehen, die Finanzmittel für jedes Rechnungsjahr zu erhalten, unabhängig vom Abrechnungszyklus der realisierten Projekte. In beiden Ländern stoßen darüber hinaus die derzeit bestehenden Beschränkungen bei der Nutzung von Zuschüssen für die institutionelle Absicherung und Weiterentwicklung auf Kritik. Es stellen sich also grundsätzliche Fragen hinsichtlich Struktur, Flexibilität und Kontinuität der finanziellen Förderung nichtstaatlicher politischer Bildungsarbeit.



Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zeigen, dass man in Polen ähnlich wie in vielen anderen postkommunistischen Ländern Ostmitteleuropas neue rechtlich-institutionelle Voraussetzungen bei der Vermittlung politischer Bildung für breitere gesellschaftliche Gruppen und Milieus schaffen muss. Die politische Bildung sollte sich dabei nicht ausschließlich auf die Schule beschränken, obwohl die Jugend auch weiterhin eine der wichtigsten Zielgruppen bleibt. Es ist daher notwendig, das Angebot der politischen Bildung um außerschulische Programme – auch für Erwachsene - zu erweitern.

Die Ergebnisse der Untersuchung sind ein schwerwiegendes Argument für die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit von Forschung und Praxis im Bereich der politischen Bildung beider Länder. Die vorab bereits erwähnte, von der Europäischen Union propagierte Methode der offenen Koordination erfordert auf dem weiten Feld der Bildungsmaßnahmen den Willen zur Kooperation und den gegenseitigen Austausch von Erfahrungen, die sich durch „gute Praktiken“ bewährt haben. Die durchgeführten Forschungen bestätigen bei den sich für die politische Bildung engagierenden Kreisen in Deutschland eben diese Offenheit und die Bereitschaft, die eigenen Erfahrungen weiterzugeben, während man umgekehrt in Polen eine Zusammenarbeit mit dem Nachbarn ebenfalls für richtig hält.

Übersetzung: Jan Obermeier

Der vorliegende Bericht entstand im Rahmen des Projekts: „Politische Bildung in Polen – ein Versuch ausgewählte Elemente der deutschen Erfahrungen zu übertragen“, welches in Zusammenarbeit mit der Konrad Adenauer Stiftung in Polen realisiert wurde. Weitere Information zu dem Projekt unter: www.isp.org.pl

Der vollständige oder teilweise Nachdruck von Materialien des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten ist nur mit Einwilligung des Instituts möglich. Die Entwendung von Zitaten sowie die Verwendung empirischer Angaben ist unter Angabe der jeweiligen Quelle gestattet.